

Hilferufe an deutsche Botschaft waren vergeblich

In griechischen Gefängnissen wie Vieh behandelt

Unfreiwillige Bekanntschaft Oberpfälzer Segler mit Justiz / „Alte Scherben“ wurden zum Verhängnis

Von unserem Redaktionsmitglied Andreas Sokol

Rodrig. Mit der pünktlichen Landung der Lufthansamaschine, Flug LH 317 Athen – München, ging am Mittwoch um 20.15 Uhr am Flughafen München-Riem für zwei junge Männer und ein Mädchen aus Roding ein Kapitel ihres Lebens zu Ende, das sie wohl nie vergessen können. Was mit unbeschwerten Urlaubstagen auf einer Yacht in der Ägäis begonnen hatte, endete in einem griechischen Gefängnis. 72 Tage verbrachten der Kfz-Meister Alfred Scheuerer jun., seine Bekannte Agnes Strahl und der Kunstschmied Wolfgang Clemens hinter Gittern; unter Bedingungen, die man vielleicht in Iran, nicht aber in einem europäischen Land für möglich gehalten hätte. „Und das alles wegen ein paar alter Scherben“, so die drei Rodinger. Diese „Scherben“ stellten in den Augen der griechischen Justiz allerdings wertvolles antikes Kulturgut dar.

Als die Bildschirmanzeige in der Wartehalle des Münchner Flughafens die Landung der Maschine aus Athen meldet, beginnen für die nervlich arg strapazierten Angehörigen nochmals zehn bange, viel zu lange Minuten. „Ich glaub's erst, wenn ich sie wirklich da hab“, meint die Mutter des einen jungen Mannes und resigniert schon, als der Strom der von der Zollkontrolle kommenden Passagiere abreißt. Kurz vorher sind Maschinen aus Düsseldorf und Berlin eingetroffen, doch dann kommen endlich die Passagiere aus Athen. Elegante Anzüge, korrekte Krawatten, so stellt man sich die Heimkehrer von einem abenteuerlichen Segeltörn nicht vor. Nur die schweren Seesäcke im Gepäck passen zum Bild. Das Mädchen fröstelt im roten Sommerkostüm. 22 Grad hatte es noch in Athen, in München liegen die Reste der letzten Schneefälle. Und schließlich war die Rückkehr schon für den 22. August geplant. An diesem Tag wurden die Rodinger und ein junger Mann aus Schwarzenfeld jedoch am Athener Flughafen, nachdem sie bereits die Zollkontrolle passiert hatten, festgenommen. Und damit begann für sie ein Martyrium: fensterlose Zelle, unbeschreiblicher Dreck, Prügel, kein Kontakt nach draußen — weder zu Rechtsanwälten noch zur deutschen Botschaft.

Die verhängnisvollen Scherben hatte der erfahrene Segler und Taucher Wolfgang Clemens zufällig („ich wollte nur nach dem Anker sehen“) beim „Schnorcheln“ in einer Bucht entdeckt und gehoben. Es handelte sich um drei Teile antiker Amphoren, „nur noch lauter Scherben“. Am Ende des zweiwöchigen Segeltörns in der Ägäis lieferte die Crew — sie bestand aus den drei Rodingern, dem Schwarzenfelder und zwei Regensburgern — das Boot bei der Charterfirma im Hafen Zea Marina am Piräus ab. Für ihre Ahnungslosigkeit spricht, daß sie beim Verstauen des Gepäcks die Amphorentteile offen am Kai gelegt hatten, um sie anschließend zu verstauen. Wie sich später her-

ausstellte, wurden sie von einem Angestellten der Charterfirma dabei beobachtet und angezeigt. „Die haben erst 4000 Mark für das Schiff kassiert und uns dann hingehängt, statt vor den Konsequenzen zu warnen“, stellt Scheuerer heute verbittert fest. Am Athener Flughafen war die Zollkontrolle bereits passiert, die Rodinger befanden sich auf dem Weg zum Rollfeld, während die beiden Regensburger den Heimweg mit ihrem Auto angetreten hatten. „Plötzlich“, so erzählt Scheuerer, „klopfte mir von hinten ein Mann in Zivil auf die Schulter und zeigte einen Ausweis. Ich habe überhaupt kein schlechtes Gewissen gehabt. Wir sind dann von einem Büro ins andere gezerzt worden und ein schlechter Dolmetscher fragte: „Habt Ihr Steine dabei, vielleicht archaische Steine von Akropolis?“ An die Scherben haben wir zunächst gar nicht gedacht, was uns später in der Anklage als Ableugnen ausgelegt

Zum Dank gab es Prügel und Fußtritte

Der Schwarzenfelder suchte schließlich sein Heil in der Flucht. Auf der Rückfahrt vom Gericht zur Hafenzollkontrolle waren die Verurteilten von drei Polizisten bewacht. Als der Wagen an einer Kreuzung halten mußte, sprang er heraus und tauchte im dichten Menschengewühl der abendlichen Großstadt unter. Er wurde von Polizei und vielen Athenern verfolgt. „Plötzlich war eine Menge Polizei da, alles wurde abgeriegelt“, erzählen nun die Freunde des Geflüchteten. Ein Polizist verletzte sich beim Herauspringen aus dem Wagen an einer Kante und blutete an der Stirn. Das Rodinger Mädchen reichte ihm ein Papiertaschentuch. „Zum Dank wurde sie verprügelt“, erinnert sich ihr Freund. Die drei sollten die Flucht ihres Kameraden büßen. „Wir wurden in einem anderen Wagen unter starkem Geleitschutz weitertransportiert und unter Tritten und Gummiknüppelschlägen

wurde.“ Wie der Rodinger berichtet, wurde das Flugzeug rund 20 Minuten zurückgehalten, das Gepäck ausgeladen und haarklein durchsucht. Im Gepäck des Mädchens fand sich gar nichts Belastendes, die Männer hatten je ein Stück dabei.

„Wir wurden dann stundenlang verhört, zur Hafenzollkontrolle gebracht und weiter vernommen“, erinnert sich Scheuerer. In der Zentrale der Hafenzollkontrolle wurden den Verhafteten Uhren und Gürtel abgenommen. Die Zelle war laut Scheuerer, in einem fürchterlichen Zustand. Die Hafenzollkontrolle hatten schließlich Mitleid, öffneten die Zelle und stellten eine Couch im Büro zur Verfügung. „Da hätten wir leicht abhauen können, aber warum ein Risiko eingehen? Die Polizisten haben angedeutet, daß wahrscheinlich eine Geldstrafe zu erwarten ist.“ Wie die Rodinger auch berichten, haben sie mehrmals in der deutschen Botschaft angerufen, doch habe man sich dort um nichts gekümmert. Im Jeep ging es dann zum Gericht nach Athen. Die Verhandlungen verschiedener Fälle zog sich von zehn Uhr morgens den ganzen Tag hin. „Kein Essen, kein Anwalt, kein Dolmetscher. Um zehn Uhr abends waren wir als letzter Fall dran. Alles ging ruck, zuck. 20 Monate für jeden und 30 000 Drachmen Geldstrafe pro Person“. Wie Scheuerer berichtet, nahm der Hobbytaucher Clemens alle Schuld auf sich, doch das änderte nichts. „Wir waren fix und fertig.“

ausgeladen. Bei der Portpolice wurde ich mit einem Kinnhaken empfangen, dann wurden wir alle, auch die Agnes, gedroschen. Drei Tage waren wir dann in einer fensterlosen Zelle, es war fürchterlich heiß drin, ohne Licht, ohne Wasser, ohne Brot eingesperrt.“

Nach dieser Tortur ging es in ein Sammellager in Athen. „Dort war es verheerend dreckig, wir mußten, 15 in einer Zelle, auf dem Boden schlafen“. Am nächsten Tag ging es nach Volos, einem Gefängnis an der Ostküste. „Das war nach dem Erlebten wie ein Hotel für uns.“ Wenn auch dort 15 in einer Zelle untergebracht waren, so schildern die Rodinger die Verhältnisse doch als „sauber und einwandfrei“. Schlimm war allerdings das Mädchen dran, das die ganze Zeit in eine kleine Einzelzelle gesperrt war. Und die Verpflegung? „Hundefutter,

Deutscher, kommst du nach Hellas . . .

(wf). Wenn auch nur die Hälfte davon wahr wäre, was die drei Rodinger über ihr Martyrium in Griechenland zu berichten haben, dann würde das schon genügen, die dortigen Rechtsverhältnisse mit denen in einem barbarischen Lande vergleichen zu können. Es geht hier weniger darum, daß die Polizisten und Richter sich über Wert oder Unwert der gefundenen „Scherben“ nicht klar waren, sondern vielmehr um die Art und Weise, wie noch nicht verurteilte Gäste eines europäischen Reiselandes in der Untersuchungshaft behandelt worden sind. Diese Methoden sind weder eine Reklame für das Feriengebiet am Mittelmeer, noch erinnern sie auch nur entfernt an die respektgebietende Tradition dieses Landes. Noch bedenklicher als dies muß aber die Klage der Deutschen stimmen, von ihrer Botschaft in höchster Not keine Hilfe erhalten zu haben. Solche Vorwürfe sind indessen nicht neu. Es wäre geboten, daß Bonn sich dafür interessierte, damit es nicht heißen muß: „Deutscher, kommst du nach Hellas, dann laß alle Hoffnung fahren...“

aber es war genießbar.“ Das Schlimmste war nach der Schilderung der Verurteilten der fehlende Kontakt zur Außenwelt. Erst 14 Tage nach der Verhaftung konnten sie erstmals mit einem Rechtsanwalt sprechen. Nach vier Wochen Aufenthalt in Volos folgte die Verlegung nach Athen in das Koridalles-Gefängnis. Mangels Gefangenentransportes zeigten sich die Griechen findig. Die 350 Kilometer wurden in einem öffentlichen Bus — unter Bewachung — zurückgelegt, das letzte Stück mit einem Taxi („Das mußten wir selbst bezahlen“). Die Verhältnisse im Koridalles-Gefängnis werden wieder als „katastrophal“ geschildert.

Am letzten Montag kam es zur Verhandlung. Der geringe Wert der „Scherben“ hatte sich inzwischen herausgestellt, „doch die konnten uns nicht freisprechen, sonst wäre Schadensersatz an uns fällig gewesen“. Zweieinhalb Monate waren bereits abgesessen. Das Urteil lautete schließlich für Scheuerer und seine Freundin auf drei, für Clemens vier Monate, ausgesetzt auf Bewährung. Die Geldstrafe entfiel. Der Verhandlung gingen zahlreiche Bemühungen voraus, in die unter anderem auch Staatssekretär Dr. Max Fischer (Cham) und der Europarat-Abgeordnete Dr. Gerhard Schmid (Straubing) eingeschaltet waren. Wie von den Angehörigen betont wird, war es aber insbesondere Bundesminister a. D. Hermann Höcherl aus Brennbach. „Er hat uns sehr unterstützt und die Hauptarbeit geleistet.“

Staatsministerin Hamm-Brücher zum Fall Roding

Auswärtiges Amt deckt seine Athener Vertretung / Betroffene sehen die Affäre in einem anderen Licht

Bonn/Roding (mzn). Die schweren Vorwürfe, die, wie mehrfach berichtet, von drei Rodinger Urlaubern gegen die deutsche Botschaft in Athen erhoben worden sind, wurden in der gestrigen Fragestunde des Bundestags zur Sprache gebracht. Wie ebenfalls berichtet, hatten sich mehrere Bundestagsabgeordnete aus der Oberpfalz an das Auswärtige Amt gewandt. Gestern wurde die Anfrage des Abgeordneten Dr. Dionys Jobst (Burglengenfeld) durch die Staatsministerin Dr. Hildegard Hamm-Brücher vom Auswärtigen Amt eingehend beantwortet.

Die drei Urlauber, zwei Männer und eine Frau, waren unter dem Verdacht, antike Amphoren nach Deutschland schmuggeln zu wollen, verhaftet worden und hatten einige Wochen in entwürdigender Haft in griechischen Gefängnissen verbracht. Erst vor wenigen Tagen waren sie in die Heimat entlassen worden. In diesem Zusammenhang hatten die Betroffenen schwere Vorwürfe nicht nur gegen das Verhalten der griechischen Justiz und die Strafvollzugsbehörde erhoben, sondern auch Klage darüber geführt, daß sie in ihrer Notlage nicht ausreichend durch die deutsche diplomatische Vertretung in Athen unterstützt worden seien. Dem persönlichen Eingreifen von Politikern des ostbayerischen Grenzlandes war es letztlich zu verdanken gewesen, daß sich die Situation der Häftlinge zum Guten gewandt hat.

Staatsministerin Hamm-Brücher wies auf die Anfrage von Dr. Jobst, die für ähnlich lautende Anfragen auch anderer Grenzlandpolitiker gelten konnte, darauf hin, daß die Botschaften und Konsulate in Athen und Saloniki immer größere Zahlen von Häftlingen zu betreuen hätten. Allein im August dieses Jahres, dem Termin der Verhaftung der drei Rodinger, wären es über 70 gewesen. Sämtliche Häftlinge, so Dr. Hamm-Brücher, sind besucht worden, um sie zu betreuen. In Einzelfällen sei es allerdings zu Verzögerungen gekommen, da die personelle Ausstattung der diplomatischen Vertretung „an ihre Grenzen stößt“.

Entscheidend war der Hinweis der Staatsministerin, daß die Haftbedingungen im Ausland nicht von deutscher Seite zu beeinflussen seien und die deutschen Vertretungen keinesfalls den Betroffenen die Verantwortung für deren Handlungsweise abnehmen könnten. Was den angeblichen Diebstahl der Amphoren betrifft, so betont die Ministerin, die Griechen seien in diesem Punkt besonders empfindlich, da sie die illegale Ausfuhr antiker Gegenstände nicht einfach hinnehmen. Es wäre besser gewesen, so Dr. Hamm-Brücher, wenn die drei Rodinger den Rat einer vermittelten Anwältin befolgt und einem Schnellverfahren nicht zugestimmt, sondern es auf ein regelrechtes Gerichtsverfahren hätten ankommen lassen. Das Auswärtige Amt wisse jedenfalls den Vorwurf der Vernachlässigung in diesem Falle zurück. Dr. Hamm-Brücher stellte abschließend die Frage, warum die drei Rodinger nicht nach ih-

rer Rückkehr direkt Beschwerde beim Auswärtigen Amt geführt hätten?

Zu den Bonner Äußerungen erklärte gestern auf Befragen einer der drei Rodinger, der Kaufmann Alfred Scheuerer: „Nach unserer Rückkehr sind wir von vielen Seiten bestürmt worden, unsere unliebsamen Erlebnisse zu schildern; wir dachten, daß die entsprechenden Veröffentlichungen ausgereicht hätten, das Auswärtige Amt auf die Vorkommnisse in Griechenland aufmerksam zu machen. Deshalb haben wir von uns aus nicht öffentlich Anklage erhoben.“ Scheuerer fuhr fort: „Der Hauptvorwurf gegen die Botschaft in Athen bleibt bestehen, daß sie trotz unserer Bitten nicht einmal die Angehörigen in der Heimat über die Verhaftung verständigt hat. Unsere Eltern haben erst über die Charterfirma erfahren, daß wir festgenommen worden sind.“ Im einzelnen betonte Scheuerer: Am Samstag,

Die Kindergeldkürzung ist so gut wie ...

Fortsetzung von Seite 1

haben, nachdem die Koalition daraus ein eigenes Gesetz gemacht hat. SPD und FDP stellten in einem Entschließungsantrag klar, daß sie auf die Kindergeldkürzung nur dann teilweise verzichten könnten, wenn die Länder die jetzigen Steuervorteile durch die Kinderbetreuungsbeträge strichen. Dies wurde von der Union eindeutig abgelehnt. Auch gegen die beschlossenen Erhöhungen der Verbrauchssteuern können die Länder nur Einspruch erheben. Dies gilt auch für die zahlreichen Sparmaßnahmen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit und die zum 1. Januar nächsten Jahres geplante Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3,0 auf 4,0 Prozent sowie für einige der Änderungen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

■ Der ausdrücklichen Zustimmung des Bundesrates bedürfen dagegen die in einem umfangreichen Haushaltsstrukturgesetz enthaltenen anderen Ausgabenkürzungen, wie die Besoldungskürzung für Beamte, und die zahlreichen Maßnahmen zum Abbau von Steuervorteilen. Der Bundesrat wird am 27. November seine Haltung festlegen. Es gilt als möglich, daß die Länder den ungewöhnlichen Schritt machen und ohne den Versuch einer Einigung durch ein Vermittlungsverfahren das Haushaltsstrukturgesetz sofort ablehnen. Dann müßten entweder Bundesregierung oder Bun-

dem 22. August, sei die Festnahme erfolgt. Mehrere Anrufe aus der Untersuchungshaft bei der Botschaft seien zwar auf Tonband aufgenommen worden, wobei gleichzeitig, ebenfalls auf Tonband, mitgeteilt wurde, daß dieser Anruf auch am Wochenende bearbeitet werde. Doch dies sei nicht erfolgt. Erst am Montag sei der erste Rückruf gekommen. Die Angehörigen indessen, um deren Verständigung die Rodinger sich so sehr bemüht hatten, wurden nicht informiert, obwohl Adressen und Telefonnummern korrekt angegeben worden waren. Der Montag-Anruf eines Botschaftsvertreters ergab, laut Scheuerer, im übrigen, daß man aus Kostengründen nichts unternehmen könne. Es wurde lediglich die Adresse dreier deutschsprechender Rechtsanwälte mitgeteilt, von denen schließlich eine Anwältin den Rat gab, einem Schnellverfahren zuzustimmen.

„Das aber haben wir“ — so räumt Scheuerer ein — „in unserer Panikstimmung nicht angenommen, da uns ein Polizist falsch informiert hatte. Der Mann sagte uns, in einem Schnellverfahren sei es mit einem Geldbetrag abgetan, dann seien wir frei. Wir haben die Tragweite jedenfalls nicht erfaßt.“

destag den Vermittlungsausschuß anrufen, um die für das Gelingen der Haushaltssanierung notwendigen Gesetze noch rechtzeitig in diesem Jahr durchzusetzen.

■ Die mehrstündige Parlamentsausprache über die Gesetzentwürfe wurde überwiegend von den Haushalts-, Steuer- und Sozialexperten bestritten. Die Regierungsbank machte auf Wunsch des Parlaments weitgehend von ihrem Rederecht nicht Gebrauch. Der Haushaltsexperte der CSU, Erich Riedl, warf Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (beide SPD) „Wortbruch und offenkundige Wählertäuschung“ vor. Die Regierung operiere mit „geschönten Zahlen“. Die heute schon feststehenden Mehrausgaben seien bei den jetzigen Sanierungsplänen nicht oder nur unvollständig berücksichtigt. „Dem wirklichen Ernst der Lage Rechnung zu tragen, fehlt ihr wieder mal der Mut, mit der Folge, daß sich auch 1982 immer neue, immer größere Milliardenlöcher auftun werden“, sagte Riedl. Mit der Berufung auf leitende Kräfte der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg meinte Bernhard Friedmann (CDU), zur Bezahlung der Arbeitslosen fehlten der Anstalt im nächsten Jahr zusätzlich rund sechs Milliarden Mark über den Betrag hinaus, den die Bundesregierung eingesetzt habe. Der Haushaltsexperte der SPD, Rudi Walther, nahm Matthöfer gegen die Vorwürfe in Schutz.

tigt wurden Helmut Rohde, der auch Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist, mit 165 Stimmen, Horst Ehmke mit 156 und Karl Liedtke mit 126 Stimmen. Als neue Stellvertreter Wehners rückten der Haushaltsfachmann Lothar Löffler mit 134 Stimmen und der Wirtschaftsexperte Wolfgang Roth mit 124 Stimmen in den engeren Vorstand auf.

Carstens ruft zum Gewaltverzicht auf

Bonn/Düsseldorf (dpa). Bundespräsident Karl Carstens hat zum Verzicht auf Gewalt bei politischen Auseinandersetzungen aufgerufen. Er appellierte in Düsseldorf an alle Bürger, die mit einer Mehrheitsentscheidung nicht einverstanden seien, von einer Gewaltausübung abzusehen. Gleichzeitig forderte er die Staatsorgane auf, einer Gewaltausübung mit rechtsstaatlich gebotenen Mitteln zu begegnen. Es gehöre zu den unabdingbaren Funktionen des demokratischen Staates, dafür zu sorgen, daß Mehrheitsentscheidungen respektiert und Anwendung von Gewalt verhindert werden.

Moskau verschleppt die Kriegsgräberpflege

Bonn (ap). Scharfe Kritik wurde erneut im Bundestag an der sowjetischen Weigerung laut, deutsche Kriegsgräber im Osten pflegen zu lassen. Staatsministerin Hildegard Hamm-Brücher vom Auswärtigen Amt versicherte in der Bundestagsfragestunde, daß dieses Thema bei den bevorstehenden deutsch-sowjetischen Gesprächen in Bonn auf höchster Ebene erörtert werden wird. Die Staatsministerin bedauerte, daß die sowjetische Seite das Versprechen vom vorigen Jahr noch nicht eingehalten hat, offizielle Gespräche mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu ermöglichen.

SPD stellt wieder OB

Hannover (ap). Der seit 1972 amtierende 38 Jahre alte sozialdemokratische Oberbürgermeister von Hannover, Herbert Schmalstieg, ist mit der denkbar knappsten Mehrheit von 33 der 65 Stimmen in seinem Amt bestätigt worden. Den Ausschlag für die Wiederwahl gab der einzige kommunistische Ratscherr, der mit den Grünen für Schmalstieg stimmte.

Anklagen im Fall Sadat

Kairo (ap). Im Prozeß um den Mord an dem ägyptischen Staatspräsidenten Anwar El Sadat ist gegen 24 Personen Anklage erhoben worden. Das gab das Verteidigungsministerium in Kairo in einer Erklärung bekannt. Die vier Hauptangeklagten, der Leutnant Chaled Achmed Schauk El-Islambuli, der Buchhändler Abdel Hamid Aal, der Ingenieur Ata Tail Hemida Rahel und der Gefreite Hussein Abbas Mohammed, wurden unter Mordanklage gestellt.